

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 28. Köln, den 10. Juli 1914. 15. Jahrg.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratentnahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Insertionspreis für die viersp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengefuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Köln, Denkerwall 9. Telefonruf B. 1548. — Redaktionschluss ist Montag Mittag.

Unser Verbandstag.

In Mainz knüpfen sich manche Erinnerungen gewerkschaftlicher Art. Hier fand der 1. Kongress der christlichen Gewerkschaften statt, hier ist auch die Geburtsstätte unseres Verbandes. Gelegentlich des ersten christlichen Gewerkschaftskongresses saßen die 11 als Delegierte anwesenden Holzarbeiter den Beschluß, einen sich über ganz Deutschland erstreckenden Zentralverband christlicher Holzarbeiter ins Leben zu rufen. Wie der Beschluß von damals durchgeführt wurde, das beweist uns der heutige Stand unseres Verbandes.

Es ist verständlich, wenn nach der Arbeit eines halben Menschenalters in unserm Verbands der 8. Verbandstag am Orte der Verbandsgründung in Mainz abgehalten wurde. Die Erinnerung an die Gründungsgeschichte sollte in Verbindung mit den agitatorischen Aufgaben, die unserm Verbands erwachsen sind, den Rahmen abgeben, in dem sich die Arbeit des Verbandstages vollzog. Dem Verbandstag waren keine großen, grundsätzlichen Aufgaben gestellt. Er hatte keineswegs die Aufgabe, Beschlüsse zu fassen, die tief in das Verbandsleben einschneiden. Bereits im ersten Artikel des „Holzarbeiter“, der sich mit dem Verbandstage beschäftigte, wurde darauf hingewiesen, daß der Kernpunkt der Verhandlungen die Frage sei: Wie bringen wir den Verband vorwärts? Es lassen sich ganz selbstverständlich heute, wo unser Verband in seiner inneren Verfassung durchaus geordnet dasteht, wo der Verwaltungs- und Werbeapparat durchaus intakt ist, weitgehende Beschlüsse, die eine Aenderung darin herbeiführen, kaum fassen. Der Verbandstag mußte sich insoweit darauf beschränken, Anregungen zu geben, durch die insbesondere die Werbearbeit einen neuen Impuls erhielt.

Hat der Verbandstag seine Aufgaben gelöst? Wohl alle Teilnehmer dürften vom Verlauf der Verhandlungen befriedigt sein. Manche Anregung wurde von den Verbandstagsvertretern gegeben, manche Anregung haben sie durch die Verhandlungen mit nach Hause genommen. Der Grundton, der die Verhandlungen des Verbandstages beherrschte, war der, daß alle Kräfte in Zukunft angepannt werden sollen und müssen, um den Verband vorwärts zu bringen. Darüber herrschte vollkommene Einigkeit. Außer kam auch durch die Vertreter zum Ausdruck, daß in einer solchen Situation, wo alle Kräfte mobilisiert werden müssen, nichts getan werden dürfe, was uns in der Werbearbeit hinderlich sein könne. Vor allem betonten die Vertreter, daß wir uns in der gegenwärtigen Zeit hüten müßten, dem Verband innere Schwierigkeiten zu schaffen. Die Stimmung, die auf dem Verbandstag herrschte, läßt die Hoffnung zu, daß der Verbandstag uns das gewesen ist, was wir von ihm erwarteten. Der wirkliche Wert des Mainzer Verbandstages läßt sich allerdings heute noch nicht ermessen. Erst später, wenn die Vertreter in ihrer Heimat Bericht erstatten und die Stimmung des Mainzer Verbandstages sich auf alle Mitglieder übertragen hat, erst dann wird ein Schlußurteil über den Wert und den Erfolg der Mainzer Tagung möglich sein.

Die Verbandstagsvertreter haben in drei Tagen anstrengend gearbeitet. Die Fülle der Fragen, die zur Verhandlung standen, erforderten von allen Verbandstagsmitgliedern Geduld und Ausdauer. Mancher Kollege aus dem Arbeitsverhältnis wird heute davon überzeugt sein, daß es leichter ist, seiner werktätigen Beschäftigung nachzugehen, als wie mit Ernst und Interesse den Beratungen eines Verbandstages zu folgen. Daß eine hat uns der Verbandstag gewiß gelehrt, daß wir mit drei Verhandlungstagen in Zukunft nicht mehr auskommen. Wollen alle Kollegen zu Wort kommen, um die von ihren Auftraggebern gestellten Anträge zu befürworten und zu den sonst aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen, dann ist es unmöglich, den ganzen Verhandlungsstoff in einer so kurzen Zeit, wie sie uns auf dem Mainzer Verbandstag zur Verfügung stand, zu bewältigen.

Der Mainzer Verbandstag stand unter dem Zeichen der Erinnerung an die Gründungsgeschichte des Verbandes. Er tagte im Frankfurter Hof, in jenem Lokale, wo unsere Kollegen im Jahre 1899 die Vorverhandlungen zur Gründung des Verbandes führten. Im Arbeitervereinshaus in der Emerantstraße, wo der erste Kongress der christlichen Gewerkschaften stattfand, fanden sich am zweiten Verhandlungstag unsere Verbandstagsmitglieder zu einem geselligen Abend zusammen, wo manche Erinnerung an frühere Jahre aufgeweckt wurde.

Am Sonntag, den 28. Juni, hatten die Mainzer Kollegen zu Ehren der Delegierten und Gäste des Verbandstages einen Begrüßungsabend

veranstaltet. Es gebührt den Mainzer Kollegen für die Arrangierung dieses Abends sowie auch für die gastliche Aufnahme der Verbandstagsmitglieder herzlichster Dank. Die Tagesordnung zeigte ein reichhaltiges Programm. Gesang- und Musikvorträge wechselten mit einander ab. Ein Festprolog, verfaßt von Herrn Professor Dr. Ledroit eigens zu diesem Abend, wurde in formvollendeter Weise vom Kollegen Schilf vorgetragen. Kollege Spielmann begrüßte die Erschienenen im Auftrage der Zahlstelle, Kollege Knoll im Auftrage des Ortsrats. Herr Prälat Korschner, der Ditzeljanpräses der kath. Arbeitervereine Hessens, ein alter Freund der christlichen Gewerkschaftsarbeit, der in Mainz auf schwierigem Boden unserer Bewegung die Treue bewahrt hat, fand anerkennende Worte für die gewerkschaftliche Selbsthilfe, wie sie in unsern christlichen Gewerkschaften betrieben wird. Kollege Böhmehannover hielt die Festrede, während Kollege Kurtscheid alle Teilnehmer im Namen des Zentralvorstandes des Verbandes willkommen hieß. Kollege Stegerwald, der als Vertreter des Gesamtverbandes an den Verhandlungen teilnahm, gab in längeren Ausführungen der Ueberzeugung Ausdruck, daß eine kommende Zeit die christliche Gewerkschaftsbewegung erst in der richtigen Weise wachbilden werde.

Von dem regen Interesse, das unserm Verbandstag entgegengebracht wurde, zeugt die Tatsache, daß es sich auch unsere ehemaligen Verbandsangehörigen, die Kollegen Erving und Schwarzer, nicht hatten nehmen lassen, an den Verhandlungen teilzunehmen. Als Vertreter der ausländischen Bruderverbände nahmen die Kollegen Müller-St. Gallen und van Wageningen-Rotterdam an den Verhandlungen teil. Ebenfalls waren erschienen die Kollegen Hieneder, Vorsitzender des christlichen Lederarbeiterverbandes und Kollege Tremmel, Vorsitzender des Fabrikarbeiterverbandes. Unser österreichischer Bruderverband, außerdem eine Anzahl christlicher Gewerkschaften Deutschlands, eine Reihe Zahlstellen unseres Verbandes und zahlreiche Kollegen sandten dem Verbandstage herzlich und telegraphisch die besten Wünsche zu gelebter Arbeit.

Im Tagungsort, dem großen Saale des Frankfurter Hofes, war seitens der Verwaltungsleitung eine Ausstellung der Verbandsmaterialien arrangiert. Diese neuerliche Einrichtung fand sowohl bei den Delegierten als auch bei den Gästen lebhaften Anklang. Die Ausstellung dürfte wesentlich mit dazu beigetragen haben, unsern Kollegen, soweit sie sonst nicht in den Verwaltungsgeschäften der Zahlstellen bewandert sind, einen Einblick in das Schriftwesen unseres Verbandes zu geben.

Ueber die Verhandlungen selbst können wir an dieser Stelle nicht ausführlich berichten. Wir müssen die Kollegen zunächst auf die Berichterstattung der Verbandstagsvertreter verweisen, die in der nächsten Zeit in allen Zahlstellen stattfindet. Weiter sei auch darauf verwiesen, daß demnächst das Protokoll des Verbandstages erscheint und zu einem billigen Preis durch alle Zahlstellen zu beziehen ist.

Die Verhandlungen

begannen pünktlich zur festgesetzten Zeit, Montag, den 29. Juni, vormittags 8 Uhr. Nach kurzen einleitenden Bemerkungen des Verbandsvorsitzenden, Kollegen Kurtscheid, wurde zunächst die Wahl der Verbandstagsleitung getätigt. Zu Vorsitzenden wurden gewählt die Kollegen Kurtscheid-Köln, Weigelt-Berlin, Kresse-Offenbach; als Beisitzer die Kollegen Kappenberg-Münster, Walter-Dreslau und Haug-Karlsruhe. Die Mandatsprüfungskommission wurde zusammengesetzt aus den Kollegen Deutz-Bonn, Wessels-Hamburg und Ehren-München. Der Antrag Hamburg, den Arbeitsnachweis als besondern Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, lehnte der Verbandstag ab mit dem Hinweis, daß die Angelegenheit zu Punkt „Lohn- und Tarifbewegung“ verhandelt werden könne. Nachdem der Barmer Verbandstag sich ausgiebig damit beschäftigt habe, sei auch die Zeit dafür dieses Mal nicht gegeben.

Die Prüfung der Mandate durch die Mandatsprüfungskommission ergaben keinerlei Beanstandungen. Festgestellt konnte werden, daß aus drei Bezirken nicht die gewählten Vertreter, sondern die Ersatzleute erschienen waren. Aus dem 8. Bezirk war weder der gewählte Vertreter, noch der gewählte Ersatzmann anwesend.

Geschäftsbericht des Zentralvorstandes

im Umfange von 175 Seiten ergänzte zunächst Kollege Kurtscheid. Er gab eine Uebersicht über die Situation in den letzten verfloffenen zwei Jahren, wies hin auf die wirtschaftliche Lage und auf die Bekämpfung unserer Bewegung durch die Verlaererei. Die Zusammensetzung des Zentralvorstandes sei in der Berichtzeit so geblieben, wie in den Vorjahren. Der Zentralvorstand habe alles getan, um den Verband nach innen und außen vorwärts zu bringen. Es sei kein Mittel unbenutzt geblieben, was geeignet gewesen wäre, dem Verband zu dienen. Die erfreuliche Tatsache, daß innerhalb der Berichtzeit die Zahlstellen sich um 42 vermehrt hätten, lege davon Zeugnis ab. Die Zentralisation verschiedener Zahlstellen habe sich durchaus bewährt. Wo sich Schwierigkeiten ergaben hätten, habe dieselbe nicht am System, sondern an den

Personen gelegen. Die Finanzwirtschaft des Verbandes sei durchaus gesund. In einer Zeit, wo die Arbeitgeber ihre Verbände und Kassen mit aller Macht stärkten, dürften wir in keiner Weise daran denken, abzurufen. Große Kämpfe ständen uns ohne Zweifel noch bevor. Bisher sei unserer Arbeit ein guter Erfolg beschieden gewesen. Die Großzügigkeit, die bisher sich im ganzen Verband behauptet habe, müßte auch in Zukunft maßgebend sein. Der Zentralvorstand habe allen Anträgen auf Genehmigung von Lohnbewegungen seine Zustimmung geben können. Hervorgehoben müsse jedoch werden, daß hier und da auch einmal planlos und ohne Genehmigung des Zentralvorstandes von den Kollegen gehandelt worden sei. Eine solche Haltung der Kollegen verdiene ernstlich gerügt zu werden. Man müsse vor allen Dingen verlangen, daß die Erfahrungen der Bezirksbeamten auf dem Gebiete der Lohnbewegungen, die diese sich in jahrelanger Arbeit erworben hätten, von den Kollegen nutzbar gemacht würden. In der Werbearbeit sei geschehen, was nur hätte geschehen können. Im allgemeinen habe der Verband die letzten zwei Jahre gut überstanden, sodaß wir auch mit Vertrauen in die Zukunft blicken könnten.

Kollege Mit gab eine Uebersicht über die Finanzgebarung unseres Verbandes. Er schilderte vor allem, wie der Zentralvorstand bestrebt gewesen sei, die Gelder sicher zu einem guten Zinsfuß und im Interesse der Kollegenschaft anzulegen. U. a. sei einer Stadt ein großes Darlehen aus der Hauptkasse gegeben worden, damit die Stadt sich der Förderung des Arbeiterwohnbaues in entscheidender Weise annehmen könne. Kollege Meyers teilte eine Anzahl Erfahrungen über den Verkehr der Zahlstellen mit der Geschäftsstelle des Verbandes mit. Den Bericht über das Verbandsorgan gab Kollege Janßen. Er gab einen Ueberblick über die grundsätzliche Haltung unserer Verbandszeitung. Angesichts der Aufforderung in der sozialdemokratischen Presse, man möge ein besonderes Augenmerk auf die christlichen Gewerkschaften haben, um den Nachweis zu bekommen, daß auch sie politische Organisationen wären, sei es notwendig, darauf hinzuweisen, daß sich die Verbandszeitung in keiner Weise parteipolitisch betätigt habe. Aus der grundsätzlichen Gegnerchaft der christlichen Gewerkschaften zur Sozialdemokratie, die in der Verbandszeitung immer zum Ausdruck gekommen sei, könne nicht hergeleitet werden, daß die christlichen Gewerkschaften und damit auch unser Verband den politischen Vereinen gleichgestellt werden müßten.

In der recht umfangreichen Aussprache kam zum Ausdruck, daß man mit der Tätigkeit des Zentralvorstandes und der Geschäftsstelle des Verbandes im allgemeinen zufrieden sei. Gewünscht wurde vor allem, daß der Verband in entscheidender Weise die Rechte der Handwerksgehilfen durch die Handwerks-gesetzgebung fördern möge. Die Lehrlingsgewinnung müsse noch intensiver wie bisher betrieben werden. Die Erziehung der Mitglieder zu Rassenmenschen durch Hinweis in den Flugblättern auf die günstigen Unterbringungseinrichtungen unseres Verbandes müsse nach Möglichkeit verniedert werden. Von Raschell für den Verband sei der Wechsel der Verbandsangestellten, die selber der Ortsklassen müßten noch mehr wie bisher zu einem guten Zinsfuß angelegt werden. Die Anregung, daß der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften eine Zentralstelle zur Bewertung aller Gewerkschaftsgebühren einrichte, fand bei den Verbandstagsvertretern allgemeinen Anklang. Weniger Anklang fand jedoch der Vorschlag, daß die Ortsklassen durch die Zentralstelle unseres Verbandes gewinnbringend angelegt würden. Die durch nichts begründete Animosität gegen den Zentralvorstand wurde sich gewiß dann legen, wenn einmal praktische Versuche auf diesem Gebiete gemacht würden. Scharf gerügt wurde in der Aussprache das Verhalten des Arbeitgeberschutzverbandes, der alle scharfmacherischen Maßnahmen mit starken Worten unterstützte, der gleichzeitig aber auch dem sozialdemokratischen Verband die Hasen in die Röhre jage. Es sei durchaus erforderlich, daß das Verbandsorgan immer und immer wieder auf diese Mischgeschäften des Arbeitgeberschutzverbandes hinweise, damit diese Arbeiterorganisationen zu einer klaren und entschiedenen Stellungnahme gezwungen werde. Von verschiedenen Seiten wurde gewünscht, daß die Zahlstellen selbstständiger arbeiten müßten. Sie dürften von allem nicht bei jeder Kleinigkeit nach dem Bezirksbeamten rufen. Wenn die Bezirksbeamten mehr freie Hand bekämen, dann würden sie sich auch mehr noch wie bisher der Werbearbeit in den bisher unerfüllten Gebieten widmen können. Kollege Stegerwald gab in der Aussprache zum Geschäftsbericht eine Reihe Anregungen für unsere Arbeit in den Zahlstellen. Er wies hin auf die sozialpolitischen Maßnahmen, die in der nächsten Zeit getroffen werden müßten, die auch in unserer Gewerkschaftsbewegung ausgiebig zu erörtern wären; so die Lebensmittelversorgung, das Wohnungswesen, das Koalitionsrecht usw. Die Debatte endete damit, daß nach der Berichterstattung des Kollegen Heinholt über die Revisionen der Hauptkasse dem Zentralvorstand Entlastung erteilt wurde. Der Aussprache zum Geschäftsbericht folgte die Entscheidung der dazu gestellten Anträge. Dem vielsach gelagerten Wunsch auf Vereinfachung und Verbilligung unseres Verwaltungsmaterials stimmte der Verbandstag trotz der Befürwortung einer Reihe Kollegen nicht zu. Die die Aussprache ergab, sind die Beschlüsse in den Zahlstellen demnächst veröffentlicht, das sind die wichtigsten Verwaltungsmaterialien zum

Die Besuche auf diesem Gebiete in früherer Zeit hätten gezeigt, daß sich dieser Wunsch nicht verwirklichen lasse. Eine rege Aussprache erfolgte vor allem zu jenen Anträgen, die sich mit der Schaffung einer fachtechnischen Zeitschrift beschäftigten. Die Stimmung ging allgemein dahin, daß ein derartiges Blatt durchaus notwendig sei. Seltens des Zentralvorstandes wurde erklärt, daß die Anträge zu dieser Frage ein trefflicher Beweis wären für das fachliche Streben, das in unsern Mitgliederkreisen vorhanden sei. Der Zentralvorstand stehe den Anträgen durchaus sympathisch gegenüber. Er könne aber nicht, mir nichts die nichts, zur Durchführung der Anträge abgegangen werden. Erst müßten die notwendigen und unentbehrlichen Unterlagen beschafft werden. Der Verbandstag stimmte dann einem Vermittlungsantrag zu, der besagt, daß der Zentralvorstand beauftragt wird, die notwendigen Unterlagen zu beschaffen, und falls sich die Durchführbarkeit ergibt, der Plan alsbald verwirklicht werden soll. Auf alle Fälle soll dem nächsten Verbandstag über die Erledigung der Frage Bericht erstattet werden.

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung des Verbandstages war ohne Zweifel

die Arbeit.

Hierzu referierte Kollege Jansen. Er beantwortete in seinem Vortrag die Frage, wo für den Verband noch neue Mitglieder zu gewinnen seien, wie an die Unorganisierten heranzutreten sei, und wie es vor allen Dingen möglich wäre, mehr Mitarbeiter für die Arbeit unseres Verbandes zu gewinnen. Der umfangreiche Vortrag wird im Protokoll des Verbandstages ausführlich wiedergegeben werden. In der Aussprache herrschte Uebereinstimmung in allen einschlägigen Fragen. Der hierbei geäußerte Wunsch, es möge ein besonderes Jugendblatt seitens des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften herausgegeben werden, fand nicht die Zustimmung des Verbandstages. Wenn unter der Jugend agitatorische Erfolge erzielt werden sollten, dann könne dieses nur geschehen unter strengster Anlehnung der Arbeit an die berufliche Eigenart.

Recht ausgedehnt war die Debatte über die

Anträge zu den Satzungen.

Es war hierbei ein Antrag des Zentralvorstandes, der in der Hauptsache die ganze Debatte bestimmen mußte. Der Zentralvorstand hatte beantragt, daß pro Mitglied und Monat 10 Pf. außer dem regulären Beitragsbeitrag an die Hauptkasse abzuführen sei. Dieser Antrag fand bei den Delegierten durchaus keine Gegenliebe. Nicht etwa deshalb nicht, weil sie eine weitere Stärkung der Hauptkasse für überflüssig hielten, sondern aus dem Grunde, weil die Mitglieder auf eine Beitragserhöhung nicht gerade vorbereitet seien. Der Antrag des Zentralvorstandes sei einseitig angefaßt worden als ein Segensantrag zu den vielen Beschlüssen auf die Einschränkung des Unterstützungswezens. Man habe nicht bemerkt, daß der Antrag einseitig vom Zentralvorstand verfaßt werde. Infolgedessen sei auch in den Jahreshauptversammlungen keine Erwähnung für eine Erhöhung der Beiträge gemacht worden. Die Mitglieder seien nicht eingeweiht worden, um ihnen eine richtige Mitgliederpflicht der Zentralkasse klar zu machen. Die richtigen Erklärungen, die zu dieser Sache von den Kollegen Rüdiger, Mühl und Ebermann abgegeben wurden, machten auf die Betrücker einen tiefen Eindruck. Man hat jedoch dieser Angelegenheit den Delegierten über einige Wochen vorher bekannt gegeben, so wäre es ohne Zweifel nicht bei einer Stärkung der Hauptkasse um 10 Pf. pro Mitglied und Monat geblieben. Der Verbandstag hat sich für eine erhebliche Stärkung der Hauptkasse be-

schlossen. Es kam dann auch zum Ausdruck, daß die Kollegen alles tun würden, um unsere Verbandskasse auch in Zukunft auf der Höhe zu halten. Man sei vollständig davon überzeugt, daß, wenn auch die Verhältnisse heute als günstig anzusprechen seien, die Entwicklung unserer Hauptkasse auch in Zukunft den Verhältnissen Rechnung tragen müsse. Sollten in den nächsten Jahren Verhältnisse eintreten, die erhebliche Ansprüche an die Hauptkasse stellen, so würde auch der letzte Pfennig der Ortsklassen der Hauptkasse zur Verfügung stehen.

So angenehm solche Erklärungen der Verbandstagsvertreter klangen, so richtig wäre es aber auch gewesen, wenn diesem Antrag eine ernsthaftere Beachtung von vornherein entgegengebracht worden wäre. Nach der ausgiebigen Besprechung des Antrages wird wohl kein Verbandstagsvertreter mehr vorhanden sein, der noch die Meinung beibehalten hat, der Zentralvorstand hätte mit diesem seinem Antrag ein tatsächliches Mandat versucht. Der Antrag fand trotz und alledem Ablehnung, weil, wie gesagt, die Verbandstagsvertreter der Meinung waren, daß die Jahrestellen nicht genügend darauf vorbereitet worden seien. Durch einen erheblichen Mitgliederzuwachs müsse in den nächsten zwei Jahren eine weitere Stärkung der Hauptkasse in erster Linie herbeigeführt werden. Auch wurde bei dieser Gelegenheit verlangt, daß in Zukunft an die Hauptkasse keine Ansprüche gestellt würden, die nicht streng im Rahmen der Satzungen lägen; die Hauptkasse müsse auf alle Fälle gespart werden, wenn sie wie bisher auch in Zukunft das Rückgrat unseres Verbandes und unsere stärkste Stütze bei allen Erfolgen sein soll.

Alle Anträge zu den Satzungsänderungen, insbesondere zum Unterstützungswezen, wurden mit Rücksicht auf die Notwendigkeit der Stärkung der Hauptkasse abgelehnt. Die wenigen vom Verbandstag angenommenen Anträge finden die Leser an anderer Stelle dieses Blattes. Die Anträge, die darauf hingingen, der nächste Verbandstag sollte im Osten Deutschlands stattfinden, wurden dem Zentralvorstand zur Erwägung überwiesen. Kollege Kurlsch gab als Vertreter des Zentralvorstandes die Erklärung ab, daß, wenn eben möglich, der nächste Verbandstag in Berlin stattfinden solle.

Es wurden dann noch eine Reihe Anträge durchberaten, die nicht gedruckt vorliegen. Der Zentralvorstand hatte beantragt, daß die Jahrestelle Dsnabrück durch ernsthafte Maßnahmen gezwungen werden soll, einen kleineren Betrag, den sie an Unterstützungen unerschuldigt Weise ausgezahlt hatte, an die Hauptkasse zurückzugeben. Der Barmer Verbandstag hatte bereits in diesem Sinne entschieden, ohne daß sich die Jahrestelle Dsnabrück daran gestört hätte. Einstimmig wurde dem Antrag des Zentralvorstandes zugestimmt. Das Mitglied Schüller aus Schweier hatte gegen seinen Ausschluß aus dem Verband Protest erhoben. Da der Justizweg nicht richtig eingeschlagen ist, beschloß der Verbandstag, daß das Ausschlußverfahren nochmals durchgeführt werden soll. Die Jahrestelle Danzig hatte beantragt, daß für einige Kollegen aus der Hauptkasse Streikunterstützung ausbezahlt werde, die sich von der Ueberzahl sozialdemokratischer Verbandsmitglieder halten verweigern, unter Tarifbruch die Arbeit auszuführen. Der Verbandstag lehnte den Antrag ab mit der Begründung, daß die Tarifverträge unter allen Umständen eingehalten werden müßten, daß unsere Kollegen trotz ihrer Kinderlosigkeit kein Recht gehabt hätten, den Betrieb unter Tarifbruch zu verlassen. Die Jahrestelle Boverungen beantragt Maßregelungsunterstützung, weil eine Reihe Mitglieder gezwungen waren, an den Jahrestellungen auszusparen. Es sei dies eine Maßregelung. In früheren Jahren sei sie gelehrt worden. Nur durch das Verschulden der Unorganisierten sei der Arbeitgeber veranlaßt worden, seinen Betrieb an diesen Tagen zu schließen. Der Verbandstag lehnte dies nicht als Maßregelung an und lehnte die

Gewährung der Unterstützung ab. Die Jahrestelle Cassanfahrt beantragte Arbeitslosenunterstützung für eine Anzahl Kollegen, die sich erst nach einigen Wochen arbeitslos gemeldet hätten. Der Verbandstag lehnte auch in diesem Falle die Arbeitslosenunterstützung ab. Der Unterstützung beantragte, müsse sich Tag für Tag bei der Ortsverwaltung melden und sei auch verpflichtet, zugewiesene Arbeit anzunehmen.

Die dann vorgenommene

Vorstandswahl

ergab die einstimmige Wiederwahl der bisher tätigen Zentralvorstandsmitglieder. Kollege Kurlsch wurde wieder als 1. Vorsitzender, Kollege Stedem als 2. Vorsitzender gewählt. Für den Kollegen Koch, der zum Geschäftsführer des Militärarbeitervereins gewählt wurde und infolgedessen den Posten eines Zentralvorstandsmitgliedes nicht mehr bekleiden kann, wurde Kollege Steimann-Mühlheim (Mühl) gewählt. Bei der Wahl der Kassaprüfer erfolgte ebenfalls die Wiederwahl der bisher tätigen Kollegen bis auf den Kollegen Heinholt, der bekanntlich als Bezirksbeamter nach München übergesiedelt ist. In seine Stelle trat Kollege Wellmann-Bonn, der bisher Ersatzrevisor war, während als Ersatzrevisor an Stelle des Kollegen Wellmann der Kollege Woller-Düren gewählt wurde.

Nach beendigter Vorstandswahl hielt Kollege Stedem einen Vortrag über unsere

„Lohn- und Tarifbewegung“.

Er schilderte die Entwicklung der Lohn- und Tarifbewegungen überhaupt und insbesondere die Arbeit unseres Verbandes auf diesem Gebiete. Der Hauptteil seines Vortrages bildeten die praktischen Erfahrungen, die wir bisher zu sammeln in der Lage waren und die zukünftigen Arbeiten, die bei den Lohn- und Tarifbewegungen zu erledigen sind.

In der Aussprache wurde hingewiesen auf die Bedeutung des Arbeitsnachweiswezens. Vor allem wurde verlangt, daß unser Verband ebenso entschieden wie bisher, allen Bestrebungen auf Einführung der obligatorischen Arbeitsvermittlung den äußersten Widerstand entgegensetze. Scharfe Beurteilung erfuhr auch das Verhalten der Polizeibehörde in Dänemark, die mit ihren Maßnahmen unsern Kollegen das Streikpostenflehen illusorisch macht.

Angenommen wurde zum Punkt „Lohn- und Tarifbewegungen“ einige Anträge, die auf eine bessere Beachtung der Arbeitsvermittlung hingingen, sowie auch ein vom Kollegen Schid eingebrachter Antrag, der in entschiedener Weise die polizeilichen Maßnahmen gegen das Streikpostenflehen verurteilt.

Wegen der vorgeschriebenen Zeit konnte leider das vorgesehene Referat des Kollegen Kurlsch „15 Jahre Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands“ nicht mehr gehalten werden. Kollege Stiegerwald ergriff noch kurz das Wort, um darauf hinzuweisen, daß, nachdem die Vertreter erklärt hätten, daß sie trotz der Ablehnung des Antrages des Zentralvorstandes die Notwendigkeit einer Stärkung der Hauptkasse eingesehen und im Falle der Gefahr auch den letzten Pfennig der Ortsklassen zur Verfügung stellen würden, man wohl sagen könne, daß der alte Opfergeist auch bei den Holzarbeitern noch lebendig sei. Es gelte nun in den nächsten Jahren zu beweisen, daß sich die Jahrestellen an Opferwilligkeit durch keine andere Organisation übertreffen lassen. Wert müsse also vor allen Dingen darauf gelegt werden, daß der Verband in den Reihen der Kollegen eine bessere Anerkennung seiner Arbeit finde. Mißtrauen gegen die Beamten und gegen den Zentralvorstand seien durchaus nicht am Platze. Der Verband habe in den 15 Jahren seiner Tätigkeit Großes geleistet und kaum ein anderer Verband könne sich den Erfolgen der Holzarbeiter zur Seite stellen. Jetzt gelte es, dafür zu sorgen, daß im ganzen

Die Rheinfahrt von Mainz bis Ahmannshausen.

Könnte es anders sein, als daß nach gelauter Arbeit die Teilnehmer des Verbandstages sich vereinigen zu einem Besuch des Riederwald? Wohl kaum! Und so sehr dem die Corona mit dem schmanden Dampfer gen Ahmannshausen.

Die mannschaft wird doch das Lob des herrlichen deutschen Rheins schenken. Und mit Recht! Es ist auch ein schön letzter Akt, auf dem Schiff die landschaftliche Schönheit des Rheins zu sehen. Man sieht die Abwechslung und immer neue Reize bieten sich den Augen dar. Malerisch gelegene Bänke, prächtige Klippen, reiche Uferpflanzen, die mit Reben besetzten Hügel und die wildbewachsenen Bergespitzen, wahrlich eine reich gesegnete Gegend!

Überhalb der Straßentrümmer in Mainz befinden wir einen herrlich eingerichteten Dampfer der Rhein-Dampfschiffahrtsgesellschaft. Nicht lange mehr, und das Schiff ist in Bewegung. Unser Blick wird durch die Luft geleitet, eine Gondel aus Römerzeit zum Schatz der damaligen Schiffbrüche. Die Fahrt geht langsam der Stadt entlang. Der Dom mit seinen vielen Türmen, die Stadthalle, das Erzbischöfliche Schloss, die Michaelskirche, die geräumigen Parkanlagen des Rheins, unsere Aufmerksamkeit. Der Rhein fließt hier als eine glänzende Schatzkammer. Die reicher kann die Uferlandschaft nicht mehr. Das ist eine schöne Aussicht in den Rheintal. Der Rhein fließt hier die alte Andenung und über die ehemalige Rheininsel. Auf der Rheininsel bewahren wir den alten Drei Eberstein, landwärtig Dorf und kleine Freudenstein, zur Rechten das Dorf Riederheim mit Schloss und Parkanlagen, beherrscht der Grottenstein, das mit dem Rhein verknüpft, und das Schloss Riederheim, das in der Mitte des Rheins liegt, ist ein altertümlicher Steinbau. Hauptächlich ist Riederheim jedoch bekannt durch das auf der Höhe des Riederwaldes. Der Rhein fließt hier die alte Andenung und über die ehemalige Rheininsel. Auf der Rheininsel bewahren wir den alten Drei Eberstein, landwärtig Dorf und kleine Freudenstein, zur Rechten das Dorf Riederheim mit Schloss und Parkanlagen, beherrscht der Grottenstein, das mit dem Rhein verknüpft, und das Schloss Riederheim, das in der Mitte des Rheins liegt, ist ein altertümlicher Steinbau. Hauptächlich ist Riederheim jedoch bekannt durch das auf der Höhe des Riederwaldes.

bildet Riederwald aus dem Jahr 1550. Der Ort selbst besitzt eine schöne Kirche aus dem 14. Jahrhundert, auch beherbergt er die berühmte Seifellerei von Mathias Müller. Gegenüber Eitelheim liegen zwei Inseln, die Gaderen und die Königslinger Au. Auf der rechten Seite folgt der Ort Erbach mit Schloss Ahmannshausen und Kirche aus dem 13. Jahrhundert. Gegenüber Erbach der kleine Ort Heidenheim, etwas zurückliegend Heidesheim und Wackerheim. Die Blumenau teilt hier den Rhein in fast zwei gleich breite Teile. Unterhalb Erbach liegen Gaderenheim, Dörrich-Winkel und Mittelheim. Etwas landeinwärts bemerken wir Schloss Bollrath. Am linken Ufer, etwas verdeckt durch die davor gelegene Sanden liegen die bekannten Weinorte Ober- und Riederheim. Hier hatte Kaiser Karl der Große einen Palast erbaut, der auf hundert Marmor- u. Granitssäulen ruht. Gegenwärtig finden dort Ausgrabungen statt. Abwärts liegen die Orte Freiweinheim und landeinwärts San-Algersheim. Jenseits auf der Höhe bemerken wir einen hohen Berg: Schloss Johannsburg. An seiner Stelle stand im 11. Jahrhundert eine Benediktinerabtei. An den Abhängen wächst der berühmte Johannsbirger. Die circa 16 ha umfassende Weinberge ergeben in guten Jahren einen Ertrag von 15000 bis 17000 A. Daraus ergibt sich schon, daß der Johannsbirger ein ebenso gutes wie teures Erzeugnis ist. Nordwärts liegt das Dorf Johannsburg. Rechts liegt auch das Städtchen Weisenheim mit seiner prägotischen Kirche. In dem an dieser Stelle 700 Meter breiten Rheinarm liegt die bewaldete Fuldaer Au. Darüber hinaus der Riederberg mit seiner gotischen Kapelle. Hierher ziehen jährlich laufende von Menschen zur Wallfahrt. Rechts des Rheins liegt auf der Höhe das Dorf Eibingen mit dem Kloster. Landeinwärts liegt der vielbesuchte Wallfahrtsort Mariatal. Schon sind wir am Fuße des Riederwaldes, bei Riederheim, einem Städtchen von ca. 1000 Einwohnern. Unsen am Rhein steht die Ortschaft Riederheim. Riederheim ist ein altertümlicher Steinbau. Hauptächlich ist Riederheim jedoch bekannt durch das auf der Höhe des Riederwaldes.

Der anderen Seite des Stromes sehen wir die alte Weisenheim, die schon zur Römerzeit gegründet wurde. Hier, aus der eng gebogenen Flußkurve, sehen wir Riederwald hervor die hohe Kirche, die im

gotischer Bau und die Burg Klopp. Im Hintergrunde sehen wir den Aussichtsturm auf dem Scharlachkopf. In einigen Jahren wird sich da, wo nach der Einmündung der Nahe in den Rhein die Höhen oberhalb Bingerbrück ansteigt, das Bismarck-Monument erheben. Hier beginnt auch die eigentliche Stromenge des Rheins, die bis Koblenz anhält. Rechts am Abhänge des dreimalgekrönten Berges stehen die alte Ruine Ehrenfels, 1220 erbaut. Mitten im Strom liegt der Mäuserarm. Derselbe wurde im 13. Jahrhundert als Boll- oder Mäuserarm für die Schifffahrt errichtet. Gleich sind wir in dem am rechten Rheinufer gelegenen Ahmannshausen. Hier verlassen wir das Schiff, vorher noch bewundernd das auf der anderen Rheinfseite gelegene Bergneß, Burg Rheinstein.

Von Ahmannshausen, das berühmte Sängert in ihren Liedern besingen, wandern wir bergauf, in sengenden Sonnenstrahlen, zum Riederwalddenkmal. Mitten im Nebengelände steht dieses prächtige, an den Krieg von 1870/71 und die Einigung Deutschlands erinnernde Denkmal. Die Germania hält in der Rechten die Kaiserkrone, in der Linken das lorbeerbekränzte Schwert. Die Figur hat eine Höhe von 10,8 Meter. Links und rechts stehen die Allegorien des Krieges und des Friedens, je 7 Meter hoch. Mächtige Reliefs stellen den Sockel des Denkmals: Kaiser Wilhelm I., umgeben von deutschen Fürsten und Generalen, begrüßt von den siegreichen Truppen, unten lagern „Rhein“ und „Mosel“, der erste der letzteren nunmehr das Grenzwachthorn überragend. Die beiden Seitenreliefs stellen des „Kriegers Abschied“ und des „Kriegers Heimkehr“ dar. Errichtet wurde das Denkmal 1883 nach dem Entwurf von Prof. Johannes Schilling mit einem Kostenaufwand von 1.200.000 A. Allein an Erz wurden 700 Zentner benötigt.

Vom Plateau des Denkmals werfen wir nochmals einen Blick auf die herrliche Landschaft. Unten der hohe Rhein, der sich ungestört durch die Berge Bahn bricht; im Mittel, burggekrönte Städte und Dörfer über all, umgeben von den Weinbergen, wo die Reben blühen. Frohgemute Menschen allenthalben! Ja, schön ist's am Rhein, und kein Wunder, wenn der Abstieg nach Riederheim erfolgt unter dem Gelächter: „Ob Vaterland mag ruhig sein, fest steht und trenn die Stadt am Rhein. Wir alle wollen Öfter sein!“

Land eine rege Mitarbeit aller Verbandskollegen einsehe. Dann werde auch der Verband in Zukunft gut stehen und allen Anforderungen, die an ihn gestellt würden, gerecht werden können. Der Verbandsvorsitzende Kollege Kurtscheid dankte in seinem Schlussworte zunächst den Mainzer Kollegen für die freundliche Aufnahme, die die Verbandsstagsteilnehmer in Mainz gefunden hätten; er dankte auch den Vertretern für das rege Interesse, das sie allen zur Verhandlung gestandenen Fragen entgegengebracht hätten. Jetzt seien der Worte genug gewechselt, jetzt müßten Taten folgen. Aus der Ablehnung der Beitragserhöhung für die Hauptklasse könne kein Schluß gezogen werden, der auf eine mangelnde Opferwilligkeit im Verbandsverbande hindeute, denn, noch in entschiedener Weise, wie die Kollegen den Antrag des Hauptvorstandes abgelehnt hätten, hätten sie alle Anträge ohne große Diskussion abgelehnt, die eine Befastigung der Hauptklasse herbeigeführt haben würden. Das sei ein Beweis dafür, wie die Kollegen alle von der Notwendigkeit einer starken Hauptkasse durchdrungen seien. Er hoffe, daß die Verbandsstagsvertreter ihre Versprechen wahr machen, daß sie durch eine verstärkte Werbearbeit den Verband zu einer großen Mitgliederzahl und dadurch auch zu stärkeren Einnahmen der Hauptkasse führten. Die Verhandlungen seien in aller Einmütigkeit verlaufen. Diese Einigkeit müsse auch in Zukunft unbedingt hochgehalten werden. Die Gegner lägen auf der Lauer. Bei der Einigkeit aller in unserem Verbandsverbande aber sei unsere Position unerschütterlich. Mit dem Wunsche, daß der Mainzer Verbandsstag dazu beigetragen haben möge, neue Begeisterung zu wecken, daß er die Kollegen im ganzen Lande zu eifriger Werbearbeit für den Verband ansporne, schloß Kollege Kurtscheid nach einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands die Verhandlungen.

Beschlüsse des Verbandsstages.

Angenommen wurden folgende Anträge:
„Mitglieder, welche vorübergehend zur See fahren, wird unter Aufhebung des § 10 (Satz 3) der Beitrag für die ganze Dauer der Fahrt gestundet. Nach Rückkehr sind die gestundeten Beiträge nachzuzahlen.“

„Die Zahlstelle Regentheim soll dem Bezirk Nürnberg zugeteilt werden.“

„Zum Zentralvorstand herausgegebene Bücher (Lohnverträge, Geschäftsberichte etc.) sind von den Zahlstellen zum Herstellungspreis zu beziehen. Die Auflage wird auf die Zahlstellen entsprechend ihren Mitgliederzahlen verteilt.“

„Der Zentralvorstand soll der Frage der Schaffung einer fachtechnischen Zeitschrift näherzutreten durch Prüfung der Durchführbarkeit eines solchen Planes. Ist der Plan durchführbar, so soll er sobald verwickelt werden. Dem nächsten Verbandsstag ist Bericht über die Angelegenheit zu erstatten.“

„Die bestehenden Berufsgruppen der Wagner, Tapezierer usw. sind verpflichtet, mindestens einmal vierteljährlich über die Entwicklung der Berufsgruppe und über Berufsverhältnisse am Orte zu berichten oder fachliche Artikel zu veröffentlichen.“

„Durch den Zentralvorstand ist beim Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften die Schaffung eines kleineren, im Preise billigen Blattes, für die gesamte christliche Gewerkschaftsbewegung zu beantragen.“

„Es ist vom Zentralvorstand eine Flugchrift herauszugeben, in der den jugendlichen Holzarbeitern und Lehrlingen neben der grundsätzlichen Bedeutung der christlichen Gewerkschaftsbewegung auch die materiellen Vorteile eines frühzeitigen Anschlusses an unseren Verband vor Augen geführt werden.“

„Der Verbandsstag weist erneut auf die große Wichtigkeit der Arbeitsnachweisfrage hin und fordert alle Zahlstellen auf, allen Bestrebungen auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.“

„Der Arbeitsnachweis ist in den Zahlstellen besser auszubauen.“

„Der Zentralvorstand wird beauftragt, bei dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften dahin zu wirken, daß von diesem die Schaffung eines besseren Gesellenrechtes innerhalb des Handwerkergesetzes erstrebt werde, insbesondere nach folgenden Gesichtspunkten: 1. Gleichberechtigung derjenigen Handwerksstellen, die vor dem Jahre 1901 angelernt und keine Gesellenprüfung abgelegt haben, mit den nach dieser Zeit angelernten und geprüften Gesellen, ebenso wie auch die alten Handwerksmeister ohne Meisterprüfung ihr Meisterrecht ohne Prüfung erlangen können. 2. Schaffung einer gesetzlich festzulegenden, angemessenen Frist für die Veröffentlichung der Wahlen für die Gesellenausschüsse.“

„Angeichts der neuerlichen Bestrebungen verschiedener Kreise, das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter dadurch unmöglich zu machen, daß durch die Postverwaltungen das Streikpostenstellenverbot verboten wird, sieht sich der VIII. Verbandsstag des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands veranlaßt, dagegen entschieden Einspruch zu erheben. Der Verbandsstag ist der Meinung, daß, so gut es den Arbeitgebern ungehindert möglich, durch Verhängung von Sperren, insbesondere von Materiallieferung, durch Herausgabe von „schwarzen Listen“ und sonstigen Maßnahmen, zu ihren Gunsten wirtschaftliche Kämpfe zu führen, auch den Arbeitern möglich sein muß, durch Streikposten von nach Streikorten reisenden Arbeitskollegen Aufklärung über anstehende Streitfälle im Arbeitsverhältnis zu geben. Der Verbandsstag protestiert vor allem dagegen, daß jede Polizeibehörde ohne Weiteres in der Lage sein soll, das Streikpostenstellenverbot zu verhängen, was als Maßnahmereize gegen die Arbeiter angesehen werden muß.“

Dem Zentralvorstand zur Berücksichtigung überwiesen, wurde der Antrag Lauterbach:
„Wichtige Vorgänge in unseren Bruderverbänden sollen mehr wie bisher in unserem Verbandsorgan Berücksichtigung finden.“

Dem Zentralvorstand zur Erwägung, resp. als Material überwiesen wurden die Anträge, die den nächsten Verbandsstag im Osten Deutschlands sehen wollen, der Antrag Hamburg, der möglichst die gleichen Zahlstellen zu einem Verbandsstags-Wahlbezirk vereinigt wissen will, alle Anträge auf Errichtung neuer Sekretariate und Anstellung von mehr Beamten; die Anfrage, die auf eine Verbesserung des Verwaltungsmaterials zielen, die verlangte Schaffung eines Zentralauschusses für Glaser, die nicht angenommenen Anträge zur Arbeitsnachweisfrage, die Anträge zur Lohn- und Tarifbewegung, sowie die Anträge auf Erhebung der Kollegen, die 15 Jahre dem Verband angehören und auf Herstellung eines Verbandsabzeichens.

Bei allen übrigen Anträgen, soweit sie nicht von den Vertretern der Antragsteller zurückgezogen wurden, erfolgte eine Ablehnung.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Zur Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 28. Wochenbeitrag für die Zeit vom 5. bis 11. Juli fällig ist.

Wahl des Zentralvorstandes. Auf Grund des § 85 unserer Verbandsstatuten werden hiermit die vom 8. Verbandsstages in Mainz gewählten Mitglieder des Zentralvorstandes bekannt gegeben: Heinrich Kurtscheid-Cöln 1. Vorsitzender, Philipp Stebem-Düsseldorf 2. Vorsitzender, Theodor Weyers-Cöln, Josef Mick-Cöln, Johann Giesen-Cöln, Heinrich Bunse-Cöln, Karl Werder-Düsseldorf, Johann Krajewski-Duisburg, Wilhelm Humann-Essen, Christian Steimann-Mülheim Ruhr und Edlo Knebel-Berlin.

Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluss einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Junge ist fernzuhalten

Holzarbeiter aller Branchen: Breslau: (Waggonfabriken Hofmann-Ziele, Schönlante (Pöppel) Schreiner und Maschinenarbeiter: Burgsteinfurt (Cohen), Dülmen, Schaffhausen-Schweiz, Lindau, Barmen (Maschinenfabrik Bahl), Miesbach-Oberbayern, Coblenz, Preußisch Stargard.

Bürstenmacher: Neuwied (285).
Stellmacher: München, Alsenessen (Kassiererwerk Böhling).
Glaser: Sena.

Berichte aus den Zahlstellen.

Petersthal (Baden). Am Sonntag den 28. Juni und Sonntag den 5. Juli fanden hier Sägewerksarbeiterversammlungen statt. In beiden sprach Kollege Erving-Karlstruße. Er behandelte in seinen Vorträgen die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation für die Sägewerksarbeiter. Seine Ausführungen fielen auf guten Boden. Es konnte eine Zahlstelle gegründet werden. Eine schöne Anzahl von Kollegen traten bei; jedoch nur die Maschinenarbeiter. Die Holzarbeiter hielten sich noch etwas zurück. Unser Verband hat hier noch umfangreiche Aufgaben zu lösen. Wir wollen nur darauf hinweisen, daß die Säger noch täglich 13 Stunden und zwar von morgens 5 Uhr bis abends 8 Uhr arbeiten müssen. Die Folgen dieser langen Arbeitszeit zeigen sich in vorzeitigem Kräfteverbrauch und in vielen Unfällen. Schon vor mehreren Jahren hat hier einmal eine Versammlung stattgefunden, in der den Kollegen der Beitritt zu unserem Verbandsverband nahegelegt wurde. Allein, Kollege Bacher rebelle tauben Ohren, weil die Säger meinten, es gese auch ohne Organisation. Ja, es ging, aber man frage nicht wie. Nunmehr ist die Organisation geschaffen und es liegt an den Kollegen, daß sie treu und fest zusammenstehen, um ihr gestecktes Ziel zu erreichen.

Mainz. Auf der ganzen Linie erweist der Ruf nach mehr Mitarbeit bei der Werbearbeit. Wohl in keiner Zahlstelle aber ist dieser Wunsch gerechtfertigter als in der hiesigen. Jüngst doch der Umfang der Werbearbeit nur von einigen wenigen Kollegen ab; zu diesen Kollegen gehören auch die sechs Mitbegründer unserer Zahlstelle, die noch heute deren Mitglieder sind. Diese Kollegen für ihre langjährigen treuen Dienste für den Verband zu ehren, bot der Verbandsstag die beste Gelegenheit. Bei der Begrüßungsfeier am Sonntag, den 28. Juni, wurde der Kollegen ehrend gedacht. Es sind dies die Kollegen Andreas Schmittlein, Valentin Glöckner, Eduard Schäfer, Johann Quetscher, Rudolf Sieben und Karl Schulmerich. Den Kollegen wurde eine Reproduktion der Guldigungsadresse, die anlässlich des 25-jährigen Regierungsjubiläums des Kaisers vom Gesamtverband überreicht wurde, verehrt. Die Guldigungsadresse gibt in ihrer kühnen Wiedergabe unter Glas und Rahmen einen schönen Zimmerschmuck ab. Möge die kleine Ehrung als Zeichen dafür angestellt werden, daß wir im Verbands dankbar der Arbeit der Alten gedenken.

Kempten. Am 20. Juni hielt unsere Zahlstelle eine außerordentliche Hauptversammlung ab mit der Tagesordnung: Wahl eines Vorsitzenden und Besprechung der Hausagitation. Infolge längerer Krankheit war der bisherige Vorsitzende Kollege Sedert nicht mehr in der Lage, die Zahlstelle zu leiten. Es wurde ihm für seine Mühen und Opferwilligkeit der Dank der Zahlstelle ausgesprochen. In seine Stelle wurde Kollege Kaiser Egger gewählt, der sofort sein Amt antrat. Er bemerkte, daß es ein eigenartiges Zusammenreffen sei, daß er gerade nach 10 Jahren, wo er bei Gründung der Zahlstelle zum erstenmal den Vorsitz übernommen habe, wieder auf diesen Posten berufen werde. Eine lebhafte Debatte führte den nächsten Punkt der Tagesordnung herbei. Die Notwendigkeit einer systematischen Hausagitation bei den Sägewerksarbeitern wurde besonders hervorgehoben. Nur durch

Opferwilligkeit und Ausdauer sei auf einen Erfolg zu hoffen. Es meldeten sich sofort eine stattliche Anzahl Kollegen, die bereit sind, längere Zeit unter Leitung des Vorstandes eine systematische Hausagitation zu betreiben. Ferner wurde unserem diesjährigen 10-jährigen Stützungsfeier Erwähnung getan und hierbei beschlossen, dasselbe am 12. Juli in Form eines Familienausfluges zu feiern. Es wurde weiter auf unsere Krankengeldkassenschlüssel hingewiesen und speziell die jungen Kollegen aufgefordert, der Kasse beizutreten.

Krankengeldzuschusskasse.

VI. Generalversammlung der Krankengeld-Zuschusskasse.

Bei Anwesenheit aller gewählten Vertreter konnte der Vorsitzende, Kollege Meiden, die VI. Generalversammlung der Krankengeld-Zuschusskasse pünktlich zur angeetzten Zeit eröffnen. Nach Worten der Begrüßung gab der Kassensführer Kollege Mick davon Kenntnis, daß alle gesetzlich vorgeschriebenen Formalitäten zur Generalversammlung erfüllt waren.

Nach einer kurzen Ergänzung des gedruckt vorliegenden Geschäftsbereichs durch den Kollegen Mick wurde dem Kassenvorstand auf Antrag des Kollegen Kurtscheid Entlastung erteilt.

Die lebhafteste Besprechung der Anträge führte zu folgenden Beschlüssen: Gerichtsstand der Kasse ist Cöln. Bei Aufnahmen in die Kasse soll die bisherige generelle ärztliche Untersuchung in Fortfall kommen. Ein Gesundheitszeugnis soll nur auf Verlangen des Zentralvorstandes und in der Regel nur beim Eintritt in die höchste Beitragsklasse beigebracht werden. Das Beitrittsgehalt soll fernerhin in der 1. Klasse 50 Pfg., in der 2. Klasse 1 Mk., in der 3. Klasse 1.50 Mk. und in der 4. Klasse 2 Mk. betragen. Mitglieder, die innerhalb und vor Ablauf von 52 Wochen nach ihrem Beitritt erkranken, haben nur Anrecht auf eine Krankengeldunterstützung bis zu 13 Wochen. Neu eingeführt wird ein Sterbegeld. Dieses beträgt nach einjähriger Mitgliedschaft in den einzelnen Klassen 20, 30, 45 und 55 Mark. Nach 15-jähriger Mitgliedschaft erhöhen sich diese Sätze auf 40, 60, 90 und 110 Mark.

Kollege Schid-Bogum referierte im Anschluß an die Beratung der Anträge über die weitere Ausbreitung der Kasse. Dazu wurde der Beschluß gefaßt, ein Flugblatt herauszugeben, das als Beilage zum „Holzarbeiter“ allen Verbandsmitgliedern zugänglich gemacht werden soll.

Bei der Wahl des Vorstandes wurden die ausscheidenden Kollegen Flohr, Schmitt und Bunse wiedergewählt. Neugewählt wurde Kollege Bergführ.

Sterbefälle.

Anton Beyer, Schreiner, 22 Jahre alt, gestorben an Lungen-tuberkulose in Cöln.
Heinrich von Bertram, Schreiner, gestorben an Lungenleiden in Elze.

Ruhe in Frieden!

Gewerkschaftliches.

Die Holzarbeiter von „Sitz Berlin“ hielten, wie wir dem Berliner „Arbeiter“ vom 5. Juli d. J. entnehmen, am 1. Juni in Anwesenheit von 16 Delegierten ihre 5. Generalversammlung ab. Im Geschäftsbericht wurde mitgeteilt, der bisherige Gewerkschaftsvorsitzende Simon habe sein Amt niedergelegt, da er als geschäftsführender Vorsitzender von der Zentralkommission ernannt sei. Der Gewerkschaftsvorstand habe zur Erledigung seiner Geschäfte 15 Sitzungen abgehalten. In der Berichtzeit wären Tarifverträge in Elbing, Berlin, Liebau i. Schl. und Allenstein abgeschlossen worden. In verschiedenen anderen Orten, so Audernwalde, Driesen, Berlin und Langensöls habe der Vorstand Lohnbewegungen erliebt. — Im Kasfenbericht wurde gemeldet, daß nach der Beitrags- und Unterhaltungsregulierung vom Jahre 1910 eine wesentliche Besserung in der Kasse eingetreten sei. Die Generalversammlung faßte den Beschluß, die Karenzzeit zum Bezuge von Krankengeldunterstützung von 10 auf 7 Tage herabzusetzen. Wendt-Leipzig und Arbeitersekretär Müller-Grunt hielten je einen Vortrag über die Verhältnisse im Holzgewerbe unter besonderer Berücksichtigung der Unfallgefahren. Hierzu fand eine Entschließung im Sinne des Referenten Annahme. Als Vorsitzender der Holzarbeiter-Gewerkschaft von „Sitz Berlin“ wurde Halm-Berlin gewählt. — Beim besten Willen können wir über die „Sitz Berliner“ Holzarbeiterei nicht mehr berichten, da der „Arbeiter“, dessen Berichterstattung wir folgen, nichts anderes meldete. Es ist auch anzunehmen, daß der Gewerkschaftsvorstand der Holzarbeiter von „Sitz Berlin“ selbst nicht mehr über seine Tätigkeit zu sagen weiß.

Soziale Rundschau.

Die Sozialpolitik im Reichstage.

(Ein Rückblick auf die Arbeiten des Reichstages.)

III.

Über verschiedene Vorgänge während der letzten Reichstags-Session 1913/14 ist bereits berichtet worden. Dabei wurde auch die Tätigkeit unserer Kollegen im Reichstage gewürdigt. Es ist wohl geglaubt, daß durch Reden der Abgeordneten allem schon jede Beschwerde abgestellt, die verschiedenen Wünsche erfüllt und gesetzliche Maßnahmen durchgeführt werden könnten. Das trifft ja zuweilen zu, wenn eine Ungerechtigkeit offen zu Tage tritt, Wünsche als berechtigt auch von der Mehrheit des Reichstags, sowie vom Bundestag anerkannt werden, oder die Schaffung eines Gesetzes sich als dringend erweist. Die Rede eines Abgeordneten findet zwar ein weites Gehörfeld; sie dient vielfach zur Unterrichtung des Reichstags, der Propaganda für eine Sache, zur Orientierung weiterer Kreise, zur Vorbereitung oder Durchfuhrung eines Antrags oder Gesetzesentwurfs. Wählt der Abgeordnete allein, werden seine Ansichten nicht geteilt und von der Mehrheit des Reichstags nicht übernommen, so ist sein Nutzen zunächst umsonst. Es gehört oft ein großes rednerisches und sachliches Geschick dazu, eine Mehrheit für eine Forderung zu gewinnen und zu gewinnen. Bei der Vielheit der Parteien und den recht verschiedenen Ansichten, namentlich in wirtschaftlichen und sozialen

politischen Fragen ist die Erklärung. Manchmal führt die Taktik zum Erfolg: Die eine Richtung oder Partei stimmt einem Vorschlag oder Antrag zu, um andererseits für den eigenen Wunsch oder Vorschlag Unterstützung zu erhalten. Erst die Beschüsse des Reichstags, die Willensmeinung einer Mehrheit sind ein Faktum, über das der Bundesrat nicht so leicht hinweggehen kann. Nach den Bestimmungen der Verfassung ist der Bundesrat in der Lage, über Beschüsse des Reichstags hinwegzugehen, wie der Reichstag seinerseits über Beschlüsse des Bundesrats abstimmen kann. In der letzten Session sind nun als gemeinsame Willensäußerungen in sozialer Hinsicht eine Anzahl Resolutionen angenommen worden. Beim Etat des Reichskanzlers wurde verlangt: Vorlage eines Gesetzentwurfs zum Schutze des Wahlgeheimnisses gegen amtliche und private Nachforschungen über die Ausübung eines auf Gesetz beruhenden geheimen Wahlrechts. Am 19. Mai 1914 wurde eine weitere Resolution gefasst, in der die verbündeten Regierungen ersucht werden, Gesetzentwürfe vorzulegen, welche bezwecken: 1. den Schutz und den weiteren Ausbau des Koalitionsrechts und Strafen für jene, welche den Gebrauch des Koalitionsrechts durch irgend welche Maßnahmen verhindern wollen; 2. die Sicherung und weitere Ausgestaltung der Tarifverträge; 3. eine auf freierwilliger Grundlage aufgebaute Regelung der Rechtsverhältnisse der Berufsvereine. Die Erziehung einer Zentralstelle zur Förderung der Tarifverträge und Ausbau dieser Stelle zu einem Reichseinsigungsamt wurde ebenfalls, mit einer großen Mehrheit, in der Resolution verlangt. In der angenommenen Resolution Nr. 1688 wird der Reichskanzler ersucht, im Interesse des Schutzes der Heimarbeit auf eine beschleunigte Durchführung des Hausarbeitsgesetzes hinzuwirken. In einem weiteren Gesetzentwurf, der der Reichstag verlangt, sollen die Bestimmungen über die Unpfändbarkeit des Arbeitslohes für Angestellte und Arbeiter über die bisherige Grenze hinaus erweitert werden.

Beim Etat für die Reichspost- und Telegraphenverwaltung wurde eine, auch die übrigen Ressorts angehende Resolution angenommen, in der der Reichskanzler ersucht wird, in den einzelnen Verwaltungen insbesondere bei der Reichsmarine, der Reichspost und der Betriebsverwaltung der Reichseisenbahnen darauf zu dringen, daß Beamten- und Angestelltenausschüsse errichtet werden. In einer von allen bürgerlichen Parteien unterzeichneten und angenommenen Resolution die, die Aufstellung einheitlicher Grundzüge für die Arbeits- und Rechtsverhältnisse des Krankenpflegepersonals verlangt. Neben die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter in der Groß-Eisenindustrie sollen durch das Reichsgesundheitsamt Erhebungen angestellt werden. Nach einer weiteren Resolution ist die Arbeitszeit, insbesondere die Sonntag- und Nachtrags- in der Binnenschifffahrt und Flößerei zu regeln. Die Nachtarbeit für Jugendliche unter 18 Jahren soll verboten werden. Weiter wurde der Reichskanzler ersucht eine Denkschrift über das Arbeits- und Rechtsverhältnis der ansehnlich des Beamtenpersonals in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Personen vorzulegen.

Mehrere Resolutionen, die beim Reichsamte des Innern noch angenommen wurden, haben Bezug auf die Reichsverfassung. Diese soll bestmöglich geändert werden, daß unter dem § 572 ein neuer Paragraph eingefügt wird: Ist die Krone ganz oder teilweise nach dem Erbfolgeprinzip vererbt, so tritt mit der Eröffnung des Erbfolges auch eine entsprechende Erhebung der Krone ein. Eine Denkschrift soll zur Darstellung bringen, wie sich die Grundzüge und die Durchführung des Erbfolgeprinzips gestalten sollen.

Nicht unerwähnt darf bleiben die Resolution auf freierwillige Aufhebung des Reichsvereinsgesetzes: Das Recht der Teilnahme jugendlicher Personen an politischen Versammlungen und Versammlungen soll beschränkt werden; ebenso der Spandensparagraf. Das Recht der Parteipresse, Parteipresse in öffentlichen Versammlungen zu erscheinen, soll in entsprechendem Sinne beschränkt, sowie die Ausbildung der Versammlungspresse über die Parteipresse hinaus beschränkt werden. Eine Resolution welche verlangt, daß Reichsposten nicht gebildet werden, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt, dagegen eine Resolution angenommen, welche eine Informationskommission über die Ausübung des Koalitionsrechts in einer Denkschrift fordert. Hierbei war in erster Linie an Sachverständige in der Arbeiterbewegung gedacht, welche mit anderen Kollegen, um ein Gespräch zu suchen, beantragten, daß auch Sachverständige in gewerkschaftlichen und politischen Dingen, die bei anderen Ländern vorhanden sind in die Denkschrift aufgenommen werden.

schrift aufgenommen werden. Auch dieser Antrag fand Annahme. Weitere Willensäußerungen befandete der Reichstag bei der Vorbereitung von Petitionen, die je nachdem zur Berücksichtigung, Erwägung oder als Material dem Reichskanzler hinübergegeben wurden.

Eine Unmenge sozialer und wirtschafts-politischer Fragen ist durch Reden der Abgeordneten, Anträgen der Parteien und Beschlüssen des Reichstags berührt und ihre Lösung gefordert worden. Der Erfolg steht dahin. Die Regierungsvorleiter üben Zurückhaltung und nehmen in vielen Fällen zu den Forderungen überhaupt keine Stellung. Der Bundesrat wird sich mit den Beschlüssen des Reichstags noch zu befassen haben. Seine Entschlüsse über die Resolutionen und Anträge werden denn dem Reichstag mitgeteilt. Einige Zusagen der Regierung können heute schon registriert werden. Zur Untersuchung der Verhältnisse auf dem Gebiete des städtischen Immobilienkredits ist die Einberufung einer Sachverständigenkommission in Aussicht genommen. Werden Mißstände auf diesem Gebiete festgestellt, so kommt das dem Wohnungsbau zugute. Zur Einschränkung der Verfügungen über Miet- und Pachtzinsforderungen soll ein Gesetzentwurf an den Reichstag gebracht werden. Ein weiterer Gesetzentwurf will den Handel mit Schusswaffen regeln. Ueber die Beziehungen des englisch-amerikanischen Tabaktrafs zur deutschen Zigarettenindustrie sind Untersuchungen eingeleitet. Das Resultat derselben gibt vielleicht Anlaß zu gesetzgeberischen Maßnahmen. Zur Regelung des Theaterwesens ist ein Gesetzentwurf bereits ausgearbeitet. Auf dem Gebiete der Sozialversicherung ist hinsichtlich der ausländischen Arbeiter und ihrer Hinterbliebenen eine volle Auszahlung der Invaliden- bezw. Hinterbliebenen-Rente in Aussicht genommen. Der Anspruch der Hinterbliebenen eines versicherten Ausländers, die außerhalb der deutschen Grenze wohnen, wird nach der R.D. nicht voll ausbezahlt. Nach § 1268 kann der Bundesrat für ausländische Grenzgebiete oder für Angehörige aller Staaten, deren Gesetzgebung eine entsprechende Fürsorge gewährleistet, diese beschränkende Bestimmung aufheben. Ein diesbezüglicher Beschluß des Bundesrats ist in die Wege geleitet.

Bei Beratung der einzelnen Etats sind von den Vertretern der Regierung oder der betreffenden Verwaltung dann noch einige Zusagen gemacht worden, die sich auf Wünsche und Petitionen des unterstellten Personals beziehen. Darauf näher einzugehen ist an dieser Stelle nicht möglich.

Aus Arbeitgeberkreisen.

XII. Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe. Der Verlauf der diesjährigen Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes verdient die ernstlichste Beachtung aller Kollegen. Schon in der vorigen Nummer des Holzarbeiter teilten wir mit, daß die Generalversammlung zu den kommenden Tarifbewegungen einen Beschluß faßte, der nicht im geringsten auf eine friedfertige Stimmung im Arbeitgeber-Schutzverband deutet. Dieser Beschluß ist inzwischen im Wortlaut veröffentlicht, so daß wir ihn auch an dieser Stelle bringen können. Er lautet:

„Die Vertreter der Arbeitgeber aus den Städten, deren Tarifverträge mit den Arbeitgebern in den Jahren 1914 bis 1916 ablaufen, sind einstimmig der Ansicht, daß die Grenze der Möglichkeit, den Arbeitnehmerschutz zu wahren, bereits überschritten ist. Sie werden deshalb eher die Konsequenzen einer Ablehnung etwaiger Forderungen tragen, als weitere Forderungen demütigen.“

Diesem einstimmigen unumkehrlichen Beschluß der Städtevertreter tritt der Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe bei und ist der unzulässigen moralischen und materiellen Unterstützung der Bereinigung deutscher Arbeitgeberverbände und damit der gesamten Arbeitgebererschaft Deutschlands sicher.“

In dieser Erklärung darf man trotz der Erfahrungen, die wir bisher mit den Schutzverbandsklärungen gemacht haben, mehr als einen Blick erblicken. Viel trüblicher Gesicht haben die bisherigen Klärungen des Schutzverbandes gewiß nicht vermittelt; daß aber die führenden Kreise des Schutzverbandes so ruhig verfahren und genau das Gegenteil von dem vorkommen lassen, was sie vorsehen, ist denn doch zu unnahelbar. Wir glauben indeswegs, daß die führen-

den Kräfte im Schutzverband von vornherein den Willen haben, sich zu klammern. Darum muß schon angenommen werden, daß zum wenigsten der Mut des Schutzverbandes stark gewachsen ist. Das wäre eine Erscheinung, die durchaus der Entwicklung der Verhältnisse im Arbeitgeberlager entspricht. Auf sich allein gestellt, haben die Arbeitgeber der handwerksmäßigen Gewerbe in ihren Berufen der Einführung von Tarifverträgen keinen sonderlich großen Widerstand entgegengesetzt. Sie haben sich vielmehr fast reflexlos so mit dem Tarifgedanken abgefunden, daß sie selbst die eifrigsten Befürworter des korporativen Arbeitsvertrages wurden. Das war zu der Zeit, als Herr Rahardt davon sprach, daß es in Berlin keine Arbeit ohne Tarifvertrag gebe. Diese Zeiten scheinen dahin zu sein, dank der Umgarung der kleinen Arbeitgeber durch die großen. Letztere wollen vom Tarifvertrag absolut nichts wissen. Man ließ Tarifverträge wohl für Klein- nicht aber für Großbetriebe gelten. Als die Tarifvertragsidee dann aber energischer an die Tore der Großindustrie klopfte, da war's mit der ablehnenden Handbewegung der Großen vorbei. Sie sammelten ihre Kräfte nicht nur zur Abwehr der Tarifverträge im eignen Großbetrieb, sondern sie gingen unter Anlehnung an die Kleinen, zum Angriff auf die Träger des Tarifgedankens über. Es herrscht heute bei der Großindustrie allgemein die Anschauung vor, daß man sich der Tarifverträge auf die Dauer nur erwehren kann, wenn in den handwerksmäßigen Berufen der Tarifvertrag zurückgedrängt wird. Wir glauben es deshalb dem Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe recht gern, wenn er angibt, der Unterstützung gegen alle Arbeiterforderungen durch die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände sicher zu sein.

Daß die Tagung in München stattfand, wo gerade die Arbeiter in den handwerksmäßigen Berufen in letzter Zeit schwere Kämpfe ausfechten mußten, wobei sie auf den organisierten Widerstand der Arbeitgeber aller Berufe am Orte stießen, ist ein Grund mehr, die Unklugheit des Schutzverbandes nicht zu leicht zu nehmen. Die 3. Z. in München herrschende Stimmung wird auf die Generalversammlung der Arbeitgeber des Holzgewerbes ganz gewiß abgefärbt haben. Der Ernst der Lage wird weiter erklärlich durch den Beschluß der Generalversammlung, daß bis spätestens 15. August d. J. von jedem Mitgliede des Arbeitgeber-Schutzverbandes der Nachweis zu führen ist, daß es bei irgend einer Gesellschaft gegen Streiks versichert ist. Diese Versicherung soll in erster Linie erfolgen bei der eigenen Unterstützungs-Kasse des Schutzverbandes, die wieder beim Deutschen Arbeitgeberverbände rückversichert ist, oder beim Dresdener Industrie-Schutzverband. Bei der nächsten Tarifbewegung sollen nach den Angaben auf der Generalversammlung 44 Städte mit 4211 Arbeitgebern und rund 40000 beschäftigten Arbeitern in Frage kommen. Aus den in betracht kommenden Städten wurde eine Kommission gewählt, die bis zum 1. Oktober d. J. ein Arbeitsprogramm aufzustellen hat, nach dem die Verhandlungen zu führen sind.

Zu den kommenden Tarifbewegungen wurden weiter folgende Beschlüsse gefasst:

„In einer Eingabe an den Preussischen Handelsminister ist die Aufnahme der Streik- und Sperrklausel in die Berufsverträge der staatlichen Verwaltungen zu beantragen.“

„Bei Lohnbewegungen soll ein Konkurrenzschutz durchgeführt werden. Insbesondere soll dabei präzipiert werden, daß an bestellten Plätzen bestehende Geschäftsverbindungen nicht behindert und neue Kunden nicht erworben werden dürfen.“

Für die Entwicklung der Dinge im Arbeitgeber-Schutzverband ist der Beschluß, daß das gemeinsame von Rahardt und Seipart herausgegebene „grüne Buch“ (enthaltend die Entschlüsse der Zentralvorstände: des sozial. Holzarbeiterverbandes und des Arbeitgeber-Schutzverbandes) nicht als grundlegend anerkannt wird, von ebensolcher Bedeutung, wie auch die Tatsache, daß ausgerechnet Herr Dr. Reiner-Mannheim Herrn Rahardt für die Leitung der Verhandlungsgeschäfte dankte. Wie sich ehemals die Herren Rahardt und Dr. Reiner gegenüberstanden, ist noch zur Genüge bekannt.

Briefkasten.

Um Mitteilung der Adresse des Kollegen Adolf Feinmann, früher in Paris, bitte in einer wichtigen Angelegenheit Kollege Robert Schaner, Schreiner, Krumbach (Schwaben), Rüttenstraße 4.

Die gemeinnützige Volksversicherung

Der Zweck der Versicherung ist die Gewährung von Geldleistungen im Falle der Krankheit, Invalidität, Tod und Altersschwäche. Die Beiträge sind geringfügig und werden durch die Versicherungssumme mehr als aufgehoben. Die Versicherung ist für alle Berufsstände offen. Die Beiträge sind monatlich zu zahlen. Die Versicherungssumme beträgt bis zu 500 Pfennig. Die Versicherung ist für die Dauer des Lebens zu schließen. Die Beiträge sind für die Dauer des Lebens zu zahlen. Die Versicherungssumme beträgt bis zu 500 Pfennig. Die Versicherung ist für die Dauer des Lebens zu schließen. Die Beiträge sind für die Dauer des Lebens zu zahlen.

Anzeigen der Zahlstellen.
Für die Arbeiter- und Arbeiterinnen-Verbandsvereine sind Stellen für die Verwaltung der Vereine zu besetzen. Die Bewerberinnen sollten eine gute Schulbildung haben und in der Lage sein, die Verwaltung der Vereine zu übernehmen. Die Stellen sind für die Dauer des Lebens zu besetzen. Die Bewerberinnen sollten eine gute Schulbildung haben und in der Lage sein, die Verwaltung der Vereine zu übernehmen.

Möbeltischler
Für einflügelige Kisten gegen hohen Lohn bei bester Beschäftigung für sofort gesucht.
Kassierin für Wohnungskauf
Karl Schreiber, Dielefeld.
Alte Drechslerei
In Kassel (deutscher Bezirk) mit langjähriger Erfahrung. Für 475 Mk. zu verkaufen. Eignet sich für angehende Tischler.
Offerten unter Deckung postlagernd an Kassel.

Eingelegte Journiere für Nähtische, Schablen, Füllungen, Schlafstimmereinrichtungen u.
Nähtischbogen gegen 30 Pfg. in Briefmarken. Besteht aus Kautschukstreifen.
Ersch. Biler, Marquetter, Heidelberg, Theaterstraße 7.
8-10 Korbmacher
auf Arbeit in Kassel nach sofort für den Kreis um Kassel suchen. Besten Lohn bei guter Arbeit. Corbier Material!
Peter Dieker, Korbfabrik, Bergstraße (Hessen).

Züchtiger, christlich gesinnter, evangelischer Tischler
(evtl. verheiratet) findet zum 1. Oktober dauernde Stellung als Polierer, Beizer und Fertigmacher in Tischlerei für nur feinere Möbel, auf dem Lande. Freie Wohnung mit Garten.
Angebote mit Angaben über Alter, bisherige Beschäftigung u. unter F. L. an die Geschäftsstelle dieses Blattes.
Für unsere Poliererei suchen wir einen **selbständigen Bieger und Polierer**, der die Poliererei auf eigene Rechnung zu übernehmen imstande ist.
Kass & Co. Bettrop i. B. Ringelstraße 40.